

## In der Sexismus-Falle

Wegen angeblich «sexistischer Blicke» stellt das Zürcher Sozialdepartement einen topqualifizierten Mitarbeiter auf die Strasse. Eine Untersuchung, die jeder Rechtsstaatlichkeit spottet, soll die pauschalen Anschuldigungen beweisen. Der Mann war politisch verdächtig und kritisierte zu viel.

Von Alex Baur



Erotisch aufgeladene Stimmung: Einladung zum Team-Apéro im Amt für Zusatzleistungen.

Am 27. September 2007 wurde Richard V., ein Mitarbeiter des Amtes für Zusatzleistungen (AZL) beim Sozialdepartement der Stadt Zürich, ins Büro des Personalchefs zitiert. Es gebe eine Kollegin, die sich sexuell belästigt fühle, erklärte ihm dieser – ob er sich vorstellen könne, um wen es sich handle. Richard V. schüttelte den Kopf. Man hatte ihm schon einiges unterstellt. Doch dieser Vorwurf brachte den damals 37-jährigen Mann, der im Amt als schweigsamer, eher spröder Funktionär galt, sichtlich aus dem Konzept.

«Eva Beckmann\*», meinte der Personalchef kurz angebunden und schaute ihn forschend an. Richard V. kannte die Frau nur flüchtig, die erst vor knapp drei Monaten ins Amt eingetreten war. Doch er brauchte nicht lange, um zu kombinieren. Beckmann war von Heidi Purgatorio\* eingearbeitet worden, mit der er seit Jahren in Konflikt stand. «Das lasse ich nicht auf mir sitzen», erwiderte Richard V. sichtlich verstört, «ich verlange eine

Untersuchung.» Bis morgen um zehn Uhr erwarte er seine schriftliche Stellungnahme, antwortete der Personalchef spitz und händigte ihm das schon vorbereitete «Gesprächsprotokoll» aus.

Das Timing war raffiniert. Beckmann hatte die Vorwürfe bereits zwei Wochen zuvor gemeldet. Doch Richard V. wurde erst unmittelbar vor seiner Abreise in die Ferien pauschal damit konfrontiert. Was man ihm konkret anlastete, wusste er nicht. Was würde man während seiner Abwesenheit wohl zusammenbasteln? Die Antwort erhielt er sofort nach seiner Heimkehr. Am 29. Oktober eröffnete ihm der Personalchef die sofortige Freistellung. Es hätten sich neben Beckmann zwei weitere «Opfer» gemeldet: die bereits erwähnte Heidi Purgatorio sowie eine «Klientin S.». Es gebe allerdings eine Alternative: Wenn er «von sich aus» kündige, würde man ihm ein hervorragendes Arbeitszeugnis ausstellen.

Letzteres kam für Richard V. nicht in Frage. Entweder war das Superzeugnis ein Hohn – oder er war das Opfer einer Intrige. Klar war, dass er nie mehr an seinen Arbeitsplatz zurückkehren würde. Der Vorwurf «sexuelle Belästigung», egal, ob er zutrifft, ist tödlich in diesem Amt. Jetzt ging es nur noch um seine verlorene Ehre, um Prinzipielle. Zudem war er nach einem jahrelangen Kleinkrieg mit seinen Vorgesetzten psychisch am Ende. Richard V. liess sich krankschreiben. Die Diagnose wurde später von drei Ärzten bestätigt.

Das Drama nahm seinen Anfang im Januar 2003, als die Arbeitsplätze im AZL beim Zürcher Helvetiaplatz neu geordnet wurden. Richard V. bekam das Eckbüro Nummer 116 zugeteilt, das über einen hervorragenden Ausblick verfügt. Heidi Purgatorio, die das Büro unbedingt haben wollte, war sauer. Die beiden hatten sich noch nie gemocht. Jetzt wurde die Abneigung zur offenen Feindschaft.

Die gut zehn Jahre ältere Purgatorio war wie Richard V. 1998 zum Amt gestossen. Ihre Geschwätzigkeit ging ihm von Anfang an auf die Nerven. Vor allem sprach sie oft schlecht über Kollegen. Wie würde sie wohl hinter seinem Rücken über ihn reden? Er ging ihr nach Möglichkeit aus dem Weg. Erfolglos versuchte sie, ihn zu stellen. Hätte er ihr direkt sagen sollen, dass er sie für eine Intrigantin hielt?

## **Apéro als amtliche Pflicht**

Richard V. versuchte sein Privatleben stets von der Arbeit zu trennen. Im Gegensatz zu Purgatorio mied er die Apéros, die im AZL oft und gerne gefeiert werden. Das sah man nicht gerne im Amt. Bei seiner Jahresqualifikation 2003 vermerkte die Vorgesetzte in der Rubrik «Sozialkompetenz», von Richard V. werde etwas mehr «Identifikation mit dem Amt» erwartet. Doch seine fachliche Qualifikation – «Stufe A», eine rare Auszeichnung – hätte besser nicht sein können. Richard V. war bekannt als einer, der jeden Paragraphen kennt und der von seinen Kollegen oft um Rat angegangen wird.

Im Mai 2003 beschwert sich Heidi Purgatorio bei der Amtsleitung, Richard V. würde sie dauernd beobachten, im Büro wie privat. «Beobachten», notabene. Von «sexistischen Blicken», die man ihm später vorwerfen wird, ist damals noch keine Rede. Richard V. verlangt eine Klärung. Eine externe Beraterin wird beigezogen. Nach fünf Sitzungen liefert die Therapeutin einen Bericht ab, der klar zeigt, wo das Problem liegt: bei Heidi Purgatorio.

Gemäss dem Bericht sieht Purgatorio ein, dass sie V. selber beobachten musste, um sich beobachtet zu fühlen. Sie bekräftigt «ihren Entschluss, nicht mehr hinzuschauen». Bezüglich V. stellt die Vermittlerin fest, dass er «einen grossen Sinn für Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit hat und sich zurückzieht, wenn er sich in seinem Empfinden verletzt fühlt». Für Richard V. ist die Sache erledigt. Purgatorio, die eine schwierige Trennung hinter sich hat, führt die «Beratung» alleine weiter, die wohl eher eine Therapie ist. Bis ins Jahr 2006 sollten es über fünfzig Sitzungen werden.

Bald taucht ein neues Problem auf. Die Abteilungsleiterin wirft Richard V. vor, er mache zu viele Überstunden, die er tageweise kompensiert. Er verweist auf das Personalrecht, das ihm dies ausdrücklich erlaubt, zumal er Kinder zu betreuen hat. Richard V. hat die Paragraphen besser im Griff als seine Vorgesetzten. Sie nehmen es ihm doppelt übel.

## Die Groteske wird zur Tragödie

Am 3. November 2004 kommt es zu einem banalen Zwischenfall mit grotesken Folgen. Amtschef Ernst Reimann führt eine Infoveranstaltung durch. Der Anlass hätte bis 17 Uhr dauern sollen. Als Reimann um 17.15 Uhr immer noch referiert, verlässt Richard V. den Saal. Um 17. 19 Uhr stempelt er aus. Er habe seine Kinder abholen müssen, erklärt er dem pikierten Amtschef, der ihn am übernächsten Tag zur Rede stellt. Für Reimann ist das eine billige Ausrede. «Ich erkläre ihm, was Sitte und Anstand ist; Einsicht ist keine vorhanden», notiert er in der Personalakte V., «empfehle ihm intensive Lektüre des Stellenanzeigers.»

Zudem wird eine halbjährige Probezeit angeordnet, in der Richard V. unter Beobachtung steht. Der barsche Tonfall der «Zielvereinbarung» ist augenfällig. Obwohl seine Arbeit bislang stets gerühmt wurde, muss Richard V. sich schriftlich zu «fachlicher Kompetenz» und zu einem «freundlichen und korrekten Umgang mit Klienten» verpflichten. Vor allem aber «unterlässt [er] es auch vollumfänglich, Anordnungen von Vorgesetzten zu kritisieren». Und: «Weder am Arbeitsplatz noch im Personalrestaurant oder an anderen Orten erfolgen herablassende Äusserungen über das Sozialdepartement und das Amt für Zusatzleistungen.»

Der letzte Satz hat eine Bewandnis, die V. erst viel später in seiner Personalakte entdeckt und die zum Kern des Problems führt. Amtsleiter Reimann, einem aktiven Sozialdemokraten, wurde angeblich zugetragen, dass sich Richard V. am Mittagstisch kritisch über das Amt und dessen Leitung geäussert habe. Tatsächlich gehörte V. zu einem Grüppchen von Mitarbeitern, die gesinnungsmässig nicht viel am Hut hatten mit den Genossen, die das Sozialwesen kontrollieren. Die «Dissidenten» bemängelten vor allem den lockeren Umgang mit Steuergeldern. Heute ist von ihnen gerade noch einer im Amt.

An dieser Stelle ist ein kleiner Exkurs angebracht. Zusatzleistungen werden von Bund, Kanton und Gemeinde an IV- und AHV-Bezüger ausgerichtet, die mit ihrer Rente nicht zugange kommen. Die Stadt Zürich gilt als besonders grosszügig. Die Zusatzleistungen belaufen sich mittlerweile auf 460 Millionen Franken, rund zwölf Prozent des Gesamtbudgets. Ein IV-Rentner mit Frau und drei Kindern kommt unter dem Strich ohne weiteres auf monatlich 6000 bis 8000 Franken. Viele Nutzniesser waren zuvor bei der Fürsorge, die jährlich rund einen Drittel ihrer Klientel an die IV abschiebt. Rund zwei Drittel haben einen Migrationshintergrund.

An sich sind Zusatzleistungen für Leute ohne Vermögen gedacht. Doch wer kann einem Immigranten Vermögenswerte in der Heimat schon nachweisen. Beim AZL wird in der Regel nicht lange geforscht. Es reicht, wenn die Mittellosigkeit mit einem Formular bestätigt wird. Richard V. hingegen erachtete es als seine Pflicht, die Leute genauer zu befragen. Dabei tauchten nicht selten Widersprüche auf. Auch das sah man im Amt nicht gerne. Ausserdem wurde moniert, er richte zu wenig «ausserordentliche Zuschüsse» aus. Wie Ernst Reimann auf Anfrage erklärte, werden auch Funktionäre gerügt, die zu viele Sonderzahlungen entrichteten.

Unter dem Regime der damaligen Sozialvorsteherin Monika Stocker (Grüne) galt die Devise, im Zweifel zu zahlen. Stocker war der Überzeugung, dass nicht nur die «Armen» davon profitierten, sondern alle. 2006 gab sie beim Büro Bass eine 200 000 Franken teure Studie unter dem Titel «Sozialhilfe rentiert» in Auftrag. Wenn Sozialrentner mehr Geld ausgeben, so die Theorie, stimuliert das die Wirtschaft. Der Glaube an dieses Schneeballprinzip ist in linken Kreisen weit verbreitet.

## Kritiker gelten im Amt als Bedrohung

Kritische Geister wie Richard V., die sich nicht in die Apéro-Wohlfühl-Kultur beim Sozialamt einfügten, wurden als Gefahr erkannt. Nicht ganz zu Unrecht. Sein Fall erinnert an jenen von Margrit Zopfi und Esther Wyler. Weil die beiden Controllerinnen den lockeren Umgang mit Steuergeldern beim Zürcher Sozialdepartement nicht länger mit verantworten konnten, wandten sie sich 2007 mit Fallbeispielen via *Weltwoche* an die Öffentlichkeit. Die beiden wurden fristlos gefeuert. Allerdings musste auch Stocker, die für die teilweise illegalen Praktiken in ihrem Amt die oberste Verantwortung trug, Anfang 2008 zurücktreten.

Wie Zopfi und Wyler wirft man auch Richard V. letztlich vor, dass er zu kritisch und bei den Kontrollen zu pingelig sei. In der Massnahme, die das Amt Anfang 2005 gegen ihn verhängt, werden zwar noch andere Gründe vorgeschoben. Doch als er Martin Weinbeck, den Fachmann für Mobbing bei der städtischen Personaldirektion, zu Rate zieht, ist für diesen der Fall klar: «Man will Sie rauskeln.» Das ist auch schon alles. Weinbeck kann nicht helfen und rät ihm, eine neue Stelle zu suchen.

Richard V. macht gute Miene zum üblen Spiel und unterlässt fortan jede Kritik. Obwohl man ihn mit Arbeit zudeckt, besteht er die Probezeit mit Bravour. Nach sechs Monaten notiert der Personalchef befriedigt, dass sich «die Kommunikation mit den Vorgesetzten verbessert» habe. Und: «Es werden nun auch Anlässe wie Apéros besucht.» Der Rebell scheint eingebunden. Sicherheits halber platziert man nach Abschluss der Massnahme eine Überwacherin im benachbarten Büro: Heidi Purgatorio – seine Erzfeindin, die im Ruf steht, Kollegen bei den Chefs zu verpetzen.

Zwei Jahre lang bleibt alles ruhig. Doch im Frühling 2007 wird die Apérostimmung im Zürcher Sozialdepartement nachhaltig gestört. Woche für Woche sorgt die *Weltwoche* mit Berichten über Misswirtschaft und mangelnde Kontrollen für Unruhe. Im Mai fliegt der so genannte BMW-Skandal auf: Eine Tunesierin leistete sich, mit Wissen von Sozialvorsteherin Stocker, jahrelang Luxuskarossen. Die Informationen, die den Berichten zugrunde liegen, stammen offenkundig aus (mehreren) amtsinternen Quellen. Das Misstrauen gegenüber kritischen Mitarbeitern wächst. Fälle, wie sie bei der Fürsorge für Empörung sorgen, gibt es auch beim AZL.

Vor allem aber rumort es im Amt selber. Amtschef Reimann hat im Juli 2007 alle Abteilungen des AZL aufgelöst und fusioniert. Mehr Flexibilität ist das Ziel. Spezialisierte Funktionäre sollten zu Generalisten werden. Doch die meisten sind hoffnungslos überfordert. Das Resultat lässt sich in Zahlen messen: Obwohl die Fälle kaum zunahmten, mussten in den letzten Jahren über zwanzig neue Stellen geschaffen werden. Gemäss Reimann hat das damit zu tun, dass die Fälle komplexer geworden seien.

## Übermässiges Schöpfen am Buffet

Zu den neuen Mitarbeitern gehört auch Eva Beckmann, eine 26-jährige Juristin, die ihre Arbeit beim AZL am 1. Juli 2007 aufnimmt und von Heidi Purgatorio eingearbeitet wird. Ende Juli trifft sie Richard V. erstmals. Beckmann wirkt abweisend. Er vermutet, dass Purgatorio die Neue gegen ihn aufgehetzt hat. Doch er hat kaum mit ihr zu tun. Umso mehr erstaunt es, dass sich Beckmann am 18. September 2007 – ohne ihn je darauf angesprochen zu haben – bei der Amtsleitung über angeblich «sexistische Blicke» des Richard V. beklagt.

Während Richard V. im Oktober in den Ferien weilt, meldet sich ein weiteres «Opfer» seiner angeblich lüsternen Blicke: Heidi Purgatorio. In Wirklichkeit wärmt sie alte Vorwürfe auf, die bereits 2003 abgehakt wurden. Neu ist nur, dass Purgatorio V.s «Beobachten» nun plötzlich als «sexistisch» qualifiziert. Purgatorio ist es auch, welche die IV-Rentnerin S. ins Spiel bringt, das dritte angebliche Opfer im Bunde.

Richard V. hatte ein einziges Mal mit S. zu tun, als sie im Jahr 2006 ihr Gesuch stellte. Pflichtgemäss fragte er sie dabei nach ihren privaten Verhältnissen aus, was diese aber als ungehörige Einmischung empfand. Was sie genau behauptete, ist nur gemäss Hörensagen bekannt. Ein Wortprotokoll existiert nicht. Gemeinsam ist allen drei Frauen, dass sie V. «sexistische Blicke» unterstellen. Bei Beckmann kommt noch ein angebliches «Nachstellen» und «Abpassen» hinzu. Es sind ausnahmslos subjektive Anschuldigungen, die sich weder beweisen noch widerlegen lassen. Für die Freistellung von Richard V. reicht es.

Von nun an geht es sehr gemächlich. Im Februar 2008 wird Rechtsanwältin Judith Wissmann Lukesch mit der Abklärung der Vorwürfe beauftragt. Sie gilt als Koryphäe für Sexismus am Arbeitsplatz und hat neben zahllosen Seminarien schon über ein Dutzend Untersuchungen durchgeführt. Die Stadt Zürich gehört zu ihrer Stammkundschaft. Die Hausjuristin des AZL führt das Protokoll und ist als einzige Zeugin bei allen Vernehmungen dabei.

Nach Beckmann und Purgatorio wird am 11. März die Klientin S. befragt. Sie will das Protokoll aber nicht unterschreiben, nachdem sie erfahren hat, dass sie das einzige externe «Opfer» ist. Zuvor hatte man ihr im Amt weisgemacht, sie sei eine von vielen. «Das Ganze tue ihr leid», heisst es in einem Protokoll der Klientin S. vieldeutig, «sie bereue es.»

Drittzeugen werden keine befragt. Ebenso bleibt eine Konfrontation zwischen «Täter» und «Opfer» aus. Erst bei seiner Einvernahme am 25. März werden Richard V. die Vorwürfe mündlich vorgehalten. Die Stimmung ist von Anfang an eisig. Expertin Wissmann untersagt ihm als Erstes unter Strafandrohung (StGB 292), sich seinen «Opfern» auch nur zu nähern, was dieser als Beleidigung empfindet. Er bestreitet die sexistischen Blicke, doch Anwältin Wissmann Lukesch stellt klar, dass sein Empfinden bedeutungslos sei. Relevant sei nur das Empfinden der «Opfer». Im Protokoll, das ihm erst zehn Tage nach dem Verhör zugestellt wird, will Richard V. kaum ein eigenes Wort erkannt haben.

Im Lauf des Verfahrens meldet sich ein Lehrling schriftlich, der mit Purgatorio im Büro gearbeitet hat. Bei jeder Gelegenheit habe diese Richard V. schlechtgemacht, schreibt der Minderjährige. Um ihm «den Verleider anzuhängen» und «eigene Schwächen zu überdecken», habe sie gezielt «Unwahrheiten gestreut». Weiter: «Ich gehe davon aus, dass das Ziel sein wird, V. unehrenhaft aus dem Amt zu entlassen.» Die Stimmung im Büro sei sexuell geladen gewesen, Purgatorio habe in seiner Anwesenheit über «kurze Nummern» und «Bettgeschichten mit verheirateten Männern» gefeiert.

Das Zeugnis des Lehrlings erwähnt Wissmann in ihrem Schlussbericht vom 28. Mai 2008 mit keinem Wort. Dafür erhebt sie die faktisch widerrufenen Anschuldigungen der Klientin S. zur offiziellen Wahrheit. In ihren Augen beweist der Rückzieher lediglich, wie sehr sich die «Opfer» vor Richard V. gefürchtet hätten. Als belastendes Indiz wertet sie auch, dass dieser den Verhandlungsraum betreten habe, ohne vorher um Erlaubnis zu bitten.

Mit Verweis auf die gängige Lehrmeinung – als Quelle zitiert sie einen Aufsatz, den sie selber verfasste – erhebt die Sexismusexpertin das angebliche Empfinden der «Opfer» zum Mass aller Dinge. Ihre Empfehlung erinnert an den mittelalterlichen Pranger: Im Sinne einer «Präventionsmassnahme» soll das Personal nach der Entlassung von Richard V. über dessen angebliche Schandtaten informiert werden. Kostenpunkt der Expertise: 20 000 Franken.

Wegen des Anwalts- und Amtsgeheimnisses mochte Wissmann den konkreten Fall gegenüber der *Weltwoche* nicht kommentieren. Sie weist darauf hin, dass bei einem personalrechtlichen Verfahren die Anforderungen an die Beweise allgemein weniger streng seien als im Strafprozess.

Ob Strafe oder nicht – aufgrund der «von unabhängiger Stelle bestätigten» sexuellen Blicke wird Richard V. im August 2008 formell entlassen. Zur Sicherheit werden auch sämtliche Beanstandungen erwähnt, die während zehn Jahren in seiner Personalfiche Eingang fanden: lautes und kritisches Reden sowie übermässiges Schöpfen am kalten Buffet in der Personalkantine (1999), vorzeitiges Verlassen einer Veranstaltung des Chefs und Kritik an Vorgesetzten (2004), regelwidriges Aufbewahren eines Zügelrollis, einer grossen Zange sowie von Dossiers im Büro, lautes Sesselrücken während einer Sitzung (neu). Reimann räumt ein, dass die Vorwürfe für Aussenstehende abstrus anmuten mögen; in ihrer Summe zeugten sie aber von charakterlichen Mängeln. Von Mobbing könne keine Rede sein. Schliesslich habe Richard V. die Untersuchung wegen Sexismus selber gefordert.

Erst jetzt kann Richard V. die Vernehmungsprotokolle von Wissmann einsehen. Neues findet er dabei kaum, aber doch einige verräterische Passagen. So räumte Heidi Purgatorio offen ein, dass für sie die «Freistellung» von Richard V. im Vordergrund stehe. Eva Beckmann erklärte unumwunden, dass ihr die sexistische Natur der Blicke erst im Gespräch mit Purgatorio bewusst geworden sei. Dabei wirkt die Juristin, die V. gemäss Protokoll als «elenden Lustmolch» beschimpft, resolut und selbstbewusst. Wie der «schwere Schaden» konkret aussieht, den die Frauen gemäss Wissmann durch die sexistischen Blicke erlitten haben sollen, wird nirgends ersichtlich. Heute steht überdies fest: Alle drei «Opfer» bekamen Geld aus der Staatskasse. Am Tag, an dem die Klientin S. bei Purgatorio ihre Anschuldigung erhob, wurde ihr ein «ausserordentlicher Zuschuss» von mindestens 2500 Franken zugesprochen. Purgatorio und Beckmann erhielten Ende 2008 einen Bonus für «besondere Leistungen».

Für Richard V. beginnt nun eine Odyssee durch die Instanzen. Der Rekurs gegen die Kündigung führt über den «rot-grünen» Zürcher Stadtrat. Nach zehn Monaten Bedenkzeit kommt die Regierung zum Schluss, dass die «professionell geführte Untersuchung» der «schweizweit anerkannten Kapazität» Wissmann Lukesch keine Zweifel offenlasse. Es sei «nicht ersichtlich, inwiefern Verfahrensrechte missachtet» wurden. Mit dieser lapidaren Behauptung werden alle Einwände gegen die Untersuchung vom Tisch gefegt.

## **Jahrelange Prozesse**

Welch ein Kontrast zum Zürcher Bezirksrat, der im Januar 2010 zum gegenteiligen Schluss gelangt und Wissmanns Untersuchung zur Makulatur erklärt: «Die Untersuchungsführerin beging teilweise gravierende Verfahrensfehler zulasten des Rekurrenten. Ihre gesamte Vorgehensweise zeigt, dass sie einseitig die Optik der Opfer einnahm und somit befangen war. Die Ergebnisse der Untersuchung können daher nicht verwendet werden.» Damit sind allerdings auch alle entlastenden Aspekte unerheblich, welche die Untersuchung zutage förderte: der faktische Widerruf der Klientin S., widersprüchliche Aussagen der «Opfer», das Zeugnis des Lehrlings.

Doch die (ebenfalls rot-grün dominierte) Rekursinstanz dreht den Spiess einfach um. Die Tatsache, dass Richard V. den Umgang mit Purgatorio gemäss eigenen Angaben stets gemieden hat, wird nun als «sexistische Diskriminierung» gegen ihn ausgelegt. Wenn drei Frauen einhellig Sexismus behaupten, beweist dies gemäss Bezirksrat, dass es sich «nicht um das Hirngespinnst einer Einzelperson» gehandelt habe. Konsequenz zu Ende gedacht, ist das Verdikt ungeheuerlich: Wenn mehrere Anschuldigungen vorliegen, ist auf eine Untersuchung zu verzichten, selbst wenn Indizien auf falsche Anschuldigungen hinweisen.

Zurzeit liegt der Fall Richard V. beim Zürcher Verwaltungsgericht. Damit ist das Verfahren etwa am selben Punkt angelangt wie jenes der Controllerinnen Esther Wyler und Margrit Zopfi, die ebenfalls im Oktober 2007 freigestellt wurden und die nun vor Obergericht um ihre Rechte kämpfen. Die Prozesse werden, sofern den Klägern nicht früher die Luft ausgeht, voraussichtlich noch Jahre dauern. Der Stadtrat dagegen hat alle Zeit der Welt. Um Geld braucht er sich nicht zu kümmern, schliesslich prozessiert er auf Kosten der Steuerzahler.

## **Kommentare**

Esther Wyler

Wenn ich den neuesten Fall aus dem Sozialdepartement Zürich lese, kommt vieles wieder hoch, was Margrit Zopfi und ich selber am eigenen Leib erfahren haben. Nur: dieser Fall ist sehr tragisch und sprengt alle denkbaren moralischen Regeln. Wenn man wissen will, was Mobbing in Reinform ist, dann muss man sich diesen Artikel zu Gemüte führen. Was immer auch ein Journalist schreiben kann: Es ist in Wirklichkeit noch viel schlimmer! Was eine - in der Theorie - den Menschenrechten verpflichtete Amtsträgerriege anrichten kann, wenn die eigenen Interessen bedroht sind, hier kann man es lesen!

Guido Beck 06.05.10 09:41

Wer heute noch immer links wählt, der hat wirklich nicht mehr alle Tassen im Schrank! Trefflich beschriebene Verhaltensweisen und Charakteren der Linken. Traurig, hinterhältig und leider typisch. Und das Schlimme daran: Dieses pseudo-elitäre Pack verschmäht diejenigen (notabene die Bürgerlichen), die ihr krankes Dasein berappen. Die Leistungsstarken und Erfolgreichen, ergo die attraktiven Steuerzahler.

Margrit Zopfi 06.05.10 08:54

Da ist sie wieder, die gewaltige Individualisten-Vernichtungsmaschine und Geldverschleuderungsanstalt. Ja, noch immer oder gar noch vehementer, werden seit dem Fall Zopfi/Wyler eigenständige, charakterfeste und fähige Mitarbeiter bestraft, geächtet und verfolgt.

Der Leidensweg von R.V. zeigt im grellen Scheinwerferlicht, wie Intrigantentum, Neid und Mobbing einen Menschen an den Rand des Abgrunds bringen können. Entsetzlich ist das "Schweigen der Lämmer", der KollegInnen, die dem Hexentreiben mit einer Selbstverständlichkeit zusehen, ohne aufzumucken. Feigheit lass nach!

Sergio Frei 06.05.10 08:37

interessant die vielen aperos. leider nur in der privatwirtschaft tätig, sind mir diese nie übermässig aufgefallen und vorallem von betroffenen organisiert ,bezahlt ..nach der arbeit.

nun quitschen die an die wand gedrängten also beim staat "auch". was meint den dieser geht ausserhalb der geschützten werkstatt vor ? sicher dass dort politik von oben herab als argument genügt. beim sozialwesen wird zwar von transparenz und ehrlichkeit gesprochen. eingehalten und ausgebaut wird aber die linientreue. denn diese fälle werden (obig) intern gelöst. super staat. polizei und staat=selbst gewählt!

Stefan Schläppi 06.05.10 00:00

Was da abgeht bei Staatsstellen ist absurd, aber wahr! Siehe auch die neusten Erkenntnisse beim Migrationsamt (Chefs mailen Nackfotos herum / Schwer erreichbar). Linke Bastion: Arbeit macht krank. Also einfach Staatsgelder verschleudern. Nicht grüne wegmobben, in denen Frau selber Mobbing vorwirft. Kein Wunder arbeitet kein vernünftiger Mensch bei einer Verwaltung. Gute Nacht!



•

## Alex Baur

[zur Autoreseite](#)

### Mehr von Alex Baur

- [Burka-Verbot: Ja oder nein?](#) (25 Kommentare)
- [Was ist faul im Staate Solothurn?](#) (12 Kommentare)
- [Unwürdige Demutsgesten \\*](#) (3 Kommentare)
- [Bekennervideo eines Gangsters](#) (4 Kommentare)

[alles von Alex Baur](#)